



Globalisierung und WEF: Demokratie wieder stärken

Markus Meury, 07.02.2007

Als in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts klar wurde, dass immer mehr Firmen international tätig wurden, verlangten die Staaten des Südens mehr Rechtssicherheit. Denn auch ausländische Investitionen sollten demokratisch kontrolliert werden können. 1974 verabschiedete die UNO-Vollversammlung deshalb die „Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“. Die Verhandlungen über einen entsprechenden Verhaltenskodex für Firmen wurden aber verschleppt und schliesslich durch die USA unter Ronald Reagan abgebrochen.

Der Spieß wurde inzwischen umgekehrt: Die multinationalen Unternehmen fordern immer mehr Rechte gegenüber den demokratisch gewählten Regierungen.

- Im Rahmen der Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) werden mit der Liberalisierung des Handels immer mehr Verbote ausgesprochen, demokratisch den Investoren Grenzen zu setzen oder sie zum Beispiel zu verpflichten, einheimische ArbeitnehmerInnen anzustellen.
- Interessant ist die Tatsache, dass es eigentlich auch in der UNO handelspolitische Institutionen gäbe. Dort sind die Spielregeln allerdings demokratischer und die Lobbymöglichkeiten der Wirtschaftsverbände beschränkt. Deshalb haben die Industriestaaten es geschafft, die WTO als vorrangiges Gremium durchzusetzen.
- Seit längerer Zeit auferlegen die Weltbank und der internationale Währungsfonds den armen Ländern Wirtschaftspolitiken, die die demokratische Kontrolle gegenüber den ausländischen Investoren oder Anbietern beschränken. Der ehemalige Wirtschaftschef der Weltbank, Joseph Stiglitz nannte den IWF den „Übertragungsriemen der Interessen der Multis“.
- Ende der neunziger Jahre hatte es die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Industriestaaten OECD beinahe geschafft, das „Multilaterale Investitionsabkommen“ durchzusetzen: Dieser Vertrag hätte erstmals die Staaten einer juristischen Institution von Handelsinteressen untergeordnet. In Nordamerika ist dieser Vertrag zwischen Kanada, USA und Mexiko in Kraft. Ent-

sprechend mussten bereits Kanada und Kalifornien Gesetze gegen krebserregende Substanzen zurückziehen...

- Die neueste Episode spielt sich in China ab: Nach Fabrikaufständen will die chinesische Regierung das Arbeitsgesetz verbessern. Die Industrieverbände der EU und der USA lobbyieren gegen diese Verbesserung, der amerikanische Verband drohte gar mit einem Boykott. Ernüchert stellen wir also fest, dass unsere eigenen Firmen an den miesen Arbeitsbedingungen in China schuld sind.

Diese Entwicklung bedeutet ein massives Zurückdrängen der demokratischen Kontrolle, des Prinzips „Ein Mensch – eine Stimme“. In der Geschichte haben die Mächtigen immer versucht, die faktische Herrschaft an sich zu reißen. Heute stellen wir fest, dass die grössten Firmen der Welt wie WalMart oder Exxon einen höheren Umsatz erzielen als das Bruttosozialprodukt von Österreich, oder wie das BSP von 88 Ländern zusammen. Die grossen Unternehmen setzen deshalb auch riesige Ressourcen für das Lobby bei Regierungen und Organisationen zur Ausweitung ihrer Freiheiten ein: Allein in Brüssel sind 15'000 Lobbyisten beschäftigt...

In diesem Zusammenhang muss auch eine Institution wie das WEF kritisch hinterfragt werden. Sicher wurde das WEF in guter Intention von Klaus Schwab etabliert. Doch es stellt sich die Frage, warum eigentlich nur oder gerade die Wirtschaftsführer hier die Gelegenheit erhalten, sich mit den Politikern zu treffen und zu beraten. Warum werden zivilgesellschaftliche Organisationen und demokratisch stärker legitimierte Organisationen ins „Open Forum“ verwiesen? Brauchen wir nicht eine Demokratisierung des WEF und eine Zurückdrängung der wirtschaftlichen Interessen? Sicher brauchen wir die Wirtschaft und gute Bedingungen für sie. Aber das Abwägen zwischen den Bedingungen für die Bevölkerung und der Wirtschaft muss demokratisch erfolgen. Millionenschwere Lobby darf da keinen Vorzug haben.